



«Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG)»

Über dieses Gesetz wird im Kanton Aargau am 9. Februar 2020 abgestimmt.



Martin Lerch, Grossrat

Das total revidierte Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht wurde durch das Parlament in Bern im Jahr 2014 beschlossen und auf den 1. Januar 2018 eingeführt. Aufgrund der geänderten Bundesbestimmungen sollen nun die kantonalen Regelungen zum Einbürgerungsrecht dem Bundesrecht angepasst werden, wobei diese natürlich dem Bundesrecht nicht widersprechen dürfen, jedoch den einzelnen Kantonen gewissen Spielraum gewähren. Dazu wurde im Jahr 2016 eine Anhörung durchgeführt, wo auch die EDU mitgewirkt hat.

Als Folge dieser Anhörung hat der Regierungsrat (RR) eine Botschaft ausgearbeitet, indem er einen Umsetzungsvorschlag für dieses Gesetz dem Grossen Rat (GR) unterbreitete. Aus Platz-

gründen kann ich hier nicht detailliert auf alle Anpassungen eingehen, doch soll für eine Einbürgerungsvoraussetzung nicht mehr ein Aufenthalt in der Schweiz von insgesamt 12 sondern nur noch 10 Jahre Voraussetzung sein, eine Niederlassungsbewilligung C soll notwendig sein und auch die Sprachkenntnisse müssen bundesrechtlich angepasst werden usw. Es darf nicht sein, dass der «rote Pass» einfach so verschenkt wird, sondern der Gesuchsteller soll sich darum bemühen und integrationswillig sein und sich auch unseren Gesetzen entsprechend anpassen und verhalten.

Es folgte die Debatte im GR: Dieses Gesetz war dem linksgrünen Lager zu scharf und den Bürgerlichen zu large, sodass es letztendlich mit 75:59 Stimmen abgelehnt wurde. Auch wir von der EDU hatten damals abgelehnt.



Nun galt im Aargau immer noch das bestehende Gesetz, welches folglich einfach dem neuen Bundesgesetz unterstellt ist.

Daraufhin folgte ein Vorstoss aus dem GR der verlangt, dass die §6a und 9 Abs.2 im Gesetz aufgenommen werden sollen. Der §6a beinhaltet nur eine redaktionelle Anpassung und wird so genehmigt. Der §9 Abs.2 der da lautet: «Wer in den 10 Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezieht, erfüllt nicht das Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung, ausser die bezogene Sozialhilfe wird vollständig zurückbezahlt». Das heisst, dass der Gesuchsteller in den letzten 10 Jahren keine Sozialhilfe bezogen haben darf, ausser er habe diese bereits zurückbezahlt. Wenn er diese Forderung nicht erfüllt, ist er nicht berechtigt, ein Einbürgerungsgesuch zu stellen.

Dieser Vorstoss wurde vom GR so angenommen. Das linksgrüne Lager möchte diese Frist aber auf 5 Jahre setzen und hat das Behördenreferendum ergriffen und auch erreicht. Darum wird nun über dieses Gesetz abgestimmt. •

Parole

«WER DAS SCHWEIZER-BÜRGERRECHT ERWERBEN MÖCHTE, SOLL GEFESTIGT IM LEBEN STEHEN.»

Es soll eine Chance und nicht eine Strafe sein, wenn vor der Einreichung des Einbürgerungsgesuches 10 Jahre keine Sozialleistungen bezogen werden dürfen, es sei denn, dass diese bereits zurückbezahlt wurden. Es darf nicht sein, dass der «rote Pass» einfach so verschenkt wird, sondern der Gesuchsteller soll sich dafür bemühen und integrationswillig sein und sich auch unseren Gesetzen entsprechend anpassen und verhalten.

Darum empfiehlt Ihnen der Kantonalvorstand der EDU Aargau einstimmig am 9. Februar 2020 ein JA in die Urne zu legen.

**JA zum
«Gesetz über
das Kantons- und
Gemeindegemein-
recht (KBÜG)»**

Bericht aus dem Grossen Rat



Rolf Haller, Grossrat

Bereits ist wieder ein Jahr vorüber und die 4-jährige Legislatur befindet sich im letzten Viertel der Amtszeit. Mein Ratskollege Martin Lerch wird nun schon sein zwölftes Jahr als Vertreter der EDU im Grossen Rat in Angriff nehmen. Ich ziehe den Hut ab solch einer Leistung und unermüdlichem Einsatz!

Wie immer ist der Herbst eines jeden Jahres aufgrund der umfangreichen Budgetberatungen von vielen Sitzungsterminen geprägt. Der Grosse Rat traf sich ab Anfang November an insgesamt sechs aufeinanderfolgenden Diensten zu den Debatten. Hauptpunkt war, wie erwähnt die Beratung des Budgets für die diversen Aufgabenbereiche des Kantons. Schlussendlich wurde das Budget 2020 mit einem Einnahmenüberschuss von rund 50 Millionen Franken verabschiedet. Dem Staatspersonal wurde eine 1%-ige Lohnerhöhung zugestanden. Wenn am Schluss von solchen Beratungen keine Partei im

Grossen Rat rundum glücklich ist, so kann das Resultat als grundsätzlich gelungen angesehen werden. Auch aus Sicht der beiden EDU-Grossräte ist diese Beratung alles in allem zufriedenstellend und angesichts der finanziellen Lage des Kantons gut verlaufen.

Das Departement Gesundheit und Soziales ist seit dem 16. Dezember 2019 nicht mehr führungslos. Durch die Wahl von Jean-Pierre Gallati in den Regierungsrat hat die Aargauer Bevölkerung einem fähigen Politiker die Möglichkeit geboten, das Steuer des Departements in die Hand zu nehmen und das Schiff wieder in ruhigere Gewässer zu lenken. Dies haben die Angestellten dieses wichtigen Departements nach den vielen Turbulenzen redlich verdient.

Unsere Fraktion hat durch diese Wahl den Fraktionschef verloren. Dieses wichtige Amt wurde in jüngere und weibliche Hände übergeben.

Désirée Stutz aus Möhlin ist in die grossen Fusstapfen getreten und wir dürfen konstatieren, dass sie ihre Arbeit in den bisherigen Sitzungen hervorragend gemacht hat. •

Aktuelles aus den Regionen



Die EDU mit einer Standaktion für die Pflegefinanzierungsinitiative.

Bezirk Laufenburg/Rheinfelden: Standaktion im «Städtli»

Hansjörg Kunz

Am 12. Oktober führte die EDU zusammen mit den beiden Nationalratskandidatinnen Monika Hottinger, Rheinfelden und Cornelia Strebel, Gipf-Oberfrick eine Standaktion für die Initiative www.pflegefinanzierung-initiative.ch durch. Die zahlreichen Passanten beteiligten sich mit regem Interesse an der durch die EDU am 27. August 2019 lancierten Volksinitiative.

Die vorgesehene Neufinanzierung durch den Bund entlastet den Mittelstand und Kleinverdiener und befreit die Gemeinden und Kantone sowohl im finanziellen als auch im administrativen Bereich. Die EDU ist überzeugt, dass mit dieser Initiative eine nachhaltige und soziale Lösung für die Langzeitpflege realisiert werden kann. Die EDU bedankt sich für jegliche Unterstützung damit die Prämien für alle um durchschnittlich 7% oder CHF 375.– Franken im Jahr (Berechnung für 2018) gesenkt werden können.

Damit die Initiative rechtzeitig zustande kommt ist es wichtig, dass sich alle daran beteiligen und möglichst viele Unterschriften im Bekanntheitskreis und bei Standaktionen sammeln. •

Bezirk Zofingen: Die Bezirkspartei lud zum Brunch ein

Martin Lerch, Grossrat

Die EDU Zofingen lud im November 2019 zum Brunch in den Bären in Kölliken ein. Dieses ungezwungene Beisammensein diente all jenen als Dank, die die EDU ideell und auch finanziell immer wieder treu unterstützen. Dafür möchte sich die EDU der Bezirkspartei Zofingen mit diesem Brunch herzlich bedanken. Selbstverständlich wurden zwischendurch politische Themen aufgegriffen, zurück, aber auch in die Zukunft geschaut. So wird sich die EDU auf die nächsten Grossratswahlen konzentrieren, die im Herbst 2020 stattfinden werden mit dem Ziel, den Wähleranteil zu erhöhen. Mit diesem Zusammensein entstanden neue Kontakte und bestehende konnten wieder aufgefrischt werden. •



Gemütliches Beisammensein und Austausch beim Brunch in Kölliken.

Bezirk Aarau: Besuch bei Swissgrid

Simon Füllemann

Wie komplex der Weg des Stroms vom Kraftwerk bis zur Steckdose ist, erfuhren die 31 Personen, welche am 1. November die Netzleitstelle Swissgrid in Aarau besuchten. Nach der Begrüssung mit Kaffee und Gebäck folgte ein interessantes Referat. Swissgrid trägt seit 2009 die



Verantwortung für den Betrieb des Schweizer Übertragungsnetzes und übernahm 2013 das Höchstspannungsnetz. Sie sorgt für den Ausgleich im Netz und greift bei Schwankungen im Netz aktiv ein. Dabei arbeitet sie eng mit den europäischen Übertragungsnetzbetreibern zusammen. Mit der Energiestrategie 2050 stehen grosse Herausforderungen an. Momentan bestehen noch zu wenig Möglichkeiten, überschüssige Energie aus erneuerbaren Energien zu speichern. Im Anschluss ans Referat erhielten die Besucher einen Einblick in die Netzleitstelle. Dabei wurde die Möglichkeit, Fragen zu stellen, rege genutzt. Der gelungene Anlass wurde mit einem feinen Nachtessen im Restaurant Laterne abgeschlossen. •

Bezirk Kulm: Unbrauchbares Projekt gestoppt!

Rolf Haller, Grossrat

Der Kanton Aargau hat in der Gemeinde Unterkulm die Eigentrossierung der WSB (Wynen- und Suhrentalbahn) mit gleichzeitigem Umbau des Böhlerknotens geplant. Eine erste Variante sah vor, die Kreuzung von Bahn und Strasse mittels Kreisels zu sanieren. Nach heftigem Widerstand aus der Bevölkerung verzichtete der Kanton Aargau, das Projekt in dieser Form weiter zu verfolgen. Nach einigen Monaten präsentierte man der Bevölkerung eine neue Variante, diesmal mit einem T-Knoten anstelle des Kreisels und würdigte

dieses Projekt als beste mögliche Sanierungsmassnahme für dieses Problem. Der Haken dabei – die Stimm- und Zahlbevölkerung von Unterkulm wurde nicht zur Stellungnahme eingeladen und man versuchte, dieses Projekt durch die Hintertüre im Grossen Rat bewilligen zu lassen.

Die Verantwortlichen haben dabei die Rechnung ohne Grossrat Rolf Haller gemacht. Als gewählter Volksvertreter akzeptierte er dieses Vorgehen nicht und beantragte dem Grossen Rat die Sistierung dieses Geschäfts, damit der Gemeinderat von Unterkulm sich mit seiner Bevölkerung austauschen kann. Diesem Vorhaben stimmte die absolute Mehrheit des Grossen Rates mit 71:58 Stimmen schliesslich zu. Ein Vollerfolg für EDU-Grossrat Haller, aber vor allem ein klares Bekenntnis zur direkten Demokratie! Dank diesem Marschhalt ist nun der Gemeinderat von Unterkulm in der Pflicht, sich mit seiner Bevölkerung auszutauschen und die Anliegen und bedenken endlich ernst zu nehmen! •

Wort des Präsidenten

Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau

Geschätzte Leserinnen und Leser

Wir stehen am Beginn eines politisch reich befrachteten Jahres, in welchem gerade die EDU massiv gefordert ist.

Bereits am 9. Februar stimmen wir über das Zensurgesetz ab. Dagegen hat die EDU zusammen mit anderen Organisationen das Referendum ergriffen, welches mit 67'500 Unterschriften zu Stande gekommen ist. Ich bitte Euch unbedingt an den Abstimmungen teilzunehmen und ein NEIN einzulegen. Wichtig ist auch, alle Bekannten und Freunde zum Abstimmen zu motivieren. Bei Fragen zum Referendum stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung, oder Sie können wertvolle Informationen auf www.zensurgesetz-nein.ch erfahren.



Im Weiteren stehen im Herbst die Grossratswahlen an und da müssen wir in allen Bezirken mit einer Liste antreten. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auch diesbezüglich unterstützen könnten, zum Beispiel wenn Sie sich als Kandidatin oder Kandidat zur Verfügung stellen. Bei Fragen, was dies für Sie bedeuten würde, dürfen Sie sich gerne bei ihren Bezirkspräsidenten oder bei mir melden. •

Agenda

Die EDU Aargau lädt ein

Schweizerische Eidgenossenschaft:

Abstimmungssonntag
Sonntag, 9. Februar 2020
Siehe Parolen auf Seite 2

EDU Zofingen: Mitgliederversammlung mit Altstadtführung in Zofingen

Donnerstag, 12. März 2020
19.00 Uhr, im Restaurant
Rathaus in Zofingen
Mitgliederversammlung mit
anschliessender Nachtwächter-
führung durch die historische
Altstadt Zofingen

EDU Schweiz: Deligierten- und Mitgliederversammlung

Samstag, 4. April 2020
Hotel Olten, Olten

EDU Kulm: Mitgliederversammlung

Freitag, 24. April 2020
19.00 Uhr (Weitere Infos folgen)

Schweizerische Eidgenossenschaft:

Abstimmungssonntag
Sonntag, 17. Mai 2020

EDU Schweiz: EDU-Seminar

Samstag, 23. Mai 2020
Anmeldung: info@edu-schweiz.ch
oder Tel. 033 222 36 37
(Weitere Infos auf www.edu-ag.ch
unter Aktuell)

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

REDAKTION EDU Aargau

Postfach 2608, 5001 Aarau
sekretariat-aargau@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(OHNE MARKTPLATZ)
031 818 01 42
inserate@edu-schweiz.ch
Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
edu-schweiz.ch

REDAKTION

Martin Lerch, Rolf Haller,
Hanjörg Kunz, Simon Füllemann,
Roland Haldimann, Heinz Rohr,
Rahel Beyli

FOTOS

S. 1: Julian Hochgesang, unsplash.com
S. 3: Hansjörg Kunz
S. 3: Martin Bossert